Regierungsratsbeschluss

vom 3. Juni 2003

Nr. 2003/1030

Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss vom 29. Januar 2003: Änderung der Verordnung über die Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge, Fahrräder und Schiffe vom 1. Oktober 1962

1. Erwägungen

- 1.1 Die Änderung der Verordnung über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge, Fahrräder und Schiffe vom 1. Oktober 1962 wurde am 29. Januar 2003 vom Kantonsrat beschlossen und im Amtsblatt Nr. 8 vom 21. Februar 2003 publiziert. Die 90-tägige Referendumsfrist lief am 23. Mai 2003 ab. Am selben Tag, also innert Frist, reichte das Referendumskomitee die Unterschriftensammlung für das Referendum bei der Staatskanzlei ein.
- 1.2 Für die Einreichung eines Referendums sind nach Artikel 36 Absatz 1 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 die Unterschriften von 1'500 Stimmberechtigten nötig. Das Referendum ist mit 2'076 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Ein Rückzug ist nach § 152 Absatz 3 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 nicht möglich. Artikel 36 Absatz 2 der Kantonsverfassung bestimmt, dass die Volksabstimmung stattfindet, wenn das Begehren innert 90 Tagen nach amtlicher Publikation des Kantonsratsbeschlusses eingereicht wird.

2. Beschluss

Gestützt auf § 152 Absatz 2 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996

- 2.1 Das Referendum gegen die vom Kantonsrat am 29. Januar 2003 beschlossene Änderung der Verordnung über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge, Fahrräder und Schiffe ist mit 2'076 gültigen Unterschriften zustande gekommen.
- 2.2 Ein Rückzug des Referendums ist nicht möglich.
- 2.3 Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 30. November 2003 statt.

K. Schwaller

Dr. Konrad Schwaller

Staatschreiber

Verteiler

Staatskanzlei (Sch, Stu, San) (mit Referendumsbogen)

Departement des Innern (mit Referendumsbogen)

Amtsblatt (nur Beschluss)

Referendumskomitee "Solothurnischer Bund kritischer Steuerzahler", Hans-Rudolf Lutz, Mattenstrasse
1, 4654 Lostorf

Medien (lie)

Parlamentsdienste